

WirtschaftsInfo 2009

>> Mittelstand gewinnt!

Eine Information des Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender Österreich

KW 6



Seiten 2-3

BO Komm. Rat Ing. Fritz Amann

- Versicherungspflicht
- Kurzarbeitszeit
- Gewinnbesteuerung
- Verschrottungsprämie



Seite 4

Nichtraucherschutzgesetz

- Pressedienst VP Krenn
- Offener Brief



Seite 5

WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn

- Budget für Tourismus
- Senkung Leitzins
- Senator h.c.



Seite 6

RFW-Burgenland

- Landestankstellen
- Soforthilfe für KMUs
- Berufsgruppe Detektive



Seite 7

RFW-Kärnten

- Steuerbegünstigung bei Auto
- Österreich-Wappen
- Unterwegs in Kärnten



Seite 8

RFW-Niederösterreich

- Raucherdiskussion
- Autohandel in der Krise

Seite 9

RFW-Oberösterreich

- Erneuerbare Energie
- Nationalrat - Budget 2009



Seite 10

RFW-Salzburg

- Verwaltungsreform
- Unternehmerstammtisch



Seite 11

RFW-Steiermark

- Landtag, 24.1.2009
- Energieabhängigkeit



Seite 12

RFW-Tirol

- Hilfe für Gastronomie
- Klausur in Gnadental



Seite 13

RFW-Vorarlberg

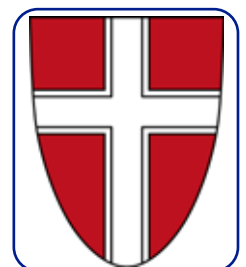
- Teilzeitkrankenstand
- Lehrlinge
- Aichrainertunnel



Seite 14

RFW-Wien

- KMU-Paket
- Kommentar VP Ramharter



BO Amann erneuert Forderung nach Versicherungspflicht von Freizeitunfällen! Utl.: Arbeitsunfälle weiter rückläufig, Freizeitunfälle rapide am Steigen!



RFW-Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann sieht sich angesichts der täglichen Freizeitunfallmeldungen mit schweren Gesundheits- und Arbeitsausfallfolgen in seiner Forderung nach Versicherungspflicht von Freizeitunfällen mehr als nur bestätigt.

Amann dazu: „Während die Wirtschaft die Arbeitsunfälle von Jahr zu Jahr senkt, steigen die Freizeitunfälle auf nun mehr über 60 Prozent und das macht alle Investitionen der Unternehmen zunichte. Die Wirtschaft wird um ihre Rendite ihrer Investition in die Sicherheit der Arbeitsplätze betrogen.

Das muss geändert werden, denn das hohe Verantwortungsbewusstsein der Unternehmer schreit förmlich nach einem gerechten Verteilungsmodell der Kosten für Unfälle nach dem Verursacherprinzip. Diese Zahlen können auch nicht länger von Arbeiterkammer und Gewerkschaft ignoriert werden.“

Wer diese Kosten den Arbeitgebern in Zukunft noch aufbürden will, der han-

delt verantwortungslos und stellt sich so in einen totalen Widerspruch zum geltenden Verursacherprinzip. Die Versicherungspflicht für Freizeitunfälle kann nur so funktionieren, dass der Dienstgeber- und Dienstnehmeranteil um den Betrag reduziert wird, der für eine solche Versicherungsprämie benötigt wird, damit keine zusätzlichen Kosten auf die Arbeitnehmer zukommen.

Daher hat der Gesetzgeber aufgrund der vorliegenden Unfallstatistik sofort zu handeln und die Versicherungspflicht für Freizeitunfälle - übrigens eine alte RFW-Forderung - sofort einzuführen, so der RFW-Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann.

OTS-Meldung, 29.1.2009

BO Amann begrüßt Ausweitung der Kurzarbeitszeit

Utl.: Nach Worten müssen nun rasch Taten folgen!

Das gemeinsame Bekenntnis der Bundesregierung zur Ausweitung der Kurzarbeitszeit auf 18 Monate im Zuge des Autozulieferergipfels wird begrüßt, so der RFW-Bundesobmann, KommR Ing. Fritz Amann, in einer ersten Reaktion.

Amann dazu: „Damit werden unsere RFW-Vorschläge übernommen und das ist gut so. Ich erwarte mir nun, dass der großen Ankündigung auch rasch Taten folgen, sprich die gesetzlich notwendigen Änderungen beschlossen werden, damit die Unternehmen gemeinsam mit ihren Mitarbeitern für die Zukunft des Betriebes planen können.“

Ein Wermutstropfen für Amann ist aber nach wie vor die starre Haltung der Gewerkschaft in Bezug auf flexiblere Arbeitszeiten. Hier verstehe er

das Mauern des ÖGB nicht, schließlich wäre eine Arbeitszeitflexibilisierung immer noch das beste und kostengünstigste Mittel, um rasch und unbürokratisch auf Krisen und die damit verbundenen Auftragschwankungen zu reagieren. Solange Betriebe nämlich mit Zeitkonten flexibel agieren könnten, sollte man nicht die öffentlichen Gelder anzapfen, so der RFW-Bundesobmann.

Offenbar verkennen die ÖGB-Spitzen im Bund auch die Gefahr, die ihre starre Haltung in Sachen flexible Arbeitszeit mit sich bringt. Wenn man in diesem wichtigen Bereich nicht die Zeichen der Zeit erkennt und dieses Thema gerade für die Arbeitnehmerschaft verschläft, dann wird die Zukunft düster ausschauen. Durch die Massenkündigungen und der damit verbundenen Inanspruch-

nahme der Abfertigungen wird die Zeit der Festanstellungen wohl vorbei sein und durch befristete Zeitverträge und Leasingarbeiter abgelöst werden.

Da die Betriebe auf die immer rascheren Konjunkturzyklen schneller reagieren müssen, werden sie sich in Zukunft nicht mehr durch starre Arbeitszeiten in ihrem Handeln knebeln lassen. Gearbeitet und bezahlt wird nur dann, wenn Arbeit vorhanden ist.

Diese Unsicherheit kann nicht im Interesse einer Arbeitnehmervertretung sein und daher erwarte er sich im Sinne der Gesamtwirtschaft eine Aufgabe der sturen Haltung des ÖGB, so der RFW-Bundesobmann, KommR Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 9.1.2009

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!

Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?

Bitte schicken Sie ein Mail an Frau Reinsperger - reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16

BO Amann verlangt Steuerbefreiung für nicht entnommene Gewinne 2008!

Utl.: Gewinne in den Betrieben lassen - das bringt mehr als jedes Konjunkturpaket!

Der RFW-Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann fordert den Finanzminister auf, alle Gewinne von 2008, welche im Betrieb bleiben, steuerfrei zu stellen, um damit das Eigenkapital der Betriebe und ihre Kreditwürdigkeit zu stärken.

Amann dazu: „Mit dieser Maßnahme könnte man mehr erreichen als mit halbherzigen Konjunkturpaketen oder Geldverschleuderungsaktionen wie der Verschrottungsprämie. Was die Betriebe wirklich brauchen, ist Eigenkapital, um über die Runden zu kommen. 2008 war ein hervorragendes Wirtschaftsjahr mit Rekordgewinnen.

Dafür ist aber die Wirtschaft - sprich Unternehmer und Arbeitnehmer - verantwortlich und nicht die Politik. Daher sollen auch jene davon profitie-

ren und nicht der Finanzminister. Die Wirtschaft braucht keine Verteilungs- und Subventionspolitik, sondern Luft zum Atmen. Die hätte man jetzt, wenn man nicht wieder vom Finanzminister über Gebühr geschöpft würde.“

Auch wenn Pröll als gelernter Bauer davon ausgeht, dass die Wirtschaft nur mit Subventionen erfolgreich funktionieren kann, so sollte er nun als Finanzminister den Hebel im Kopf umlegen und erkennen, dass die Privatwirtschaft aus Leistung, Innovation, ordentlicher Buchführung und Einsatz besteht. Die KMUs sind Leistungsträger und keine Subventionsempfänger.

Jeder Euro, der einem genommen wird und dann über Umwege zurückkommt, ist nur noch 10 Cent wert. Das muss auch für die selbsternannte Wirt-



schaftspartei ÖVP klar sein und so kann die Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise nur die sein, dass alle im Betrieb belassenen Gewinne von 2008 steuerfrei zu stellen sind, so der RFW-Bundesobmann, KO Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 26.1.2009

BO Amann lehnt Verschrottungsprämie entschieden ab!

Utl.: Senkung der NOVA und Kfz-Steuer bringen wesentlich mehr!

Die angedachte „Verschrottungsprämie Made in Austria“ ist nichts mehr als ein Tropfen Wasser in einem tobenden Großbrand und wird der Autoindustrie nicht durch die Krise helfen, so der RFW-Bundesobmann, KommR Ing. Fritz Amann, in einer Reaktion auf die laufende Diskussion.

Amann dazu: „Die Verliererkoalition zeigt einmal mehr, dass sie kein Rezept aus der Wirtschaftskrise hat und reiht sich damit nahtlos in die vorangegangene Versagerregierung ein. Mit einem Schnellschuss will man es dem Autoland Deutschland gleichmachen und übersieht dabei das Hauptproblem, nämlich der fahrzeugproduzierenden Industrie den Rücken zu stärken, und wird es kaum entschärfen können, da der österreichische Markt dafür viel zu klein ist.

In Europa sind rund 230 Millionen Pkws unterwegs und jährlich werden 15 bis 16 Millionen neu zugelassen. Dem stehen österreichische Neuzulassungen von rund 300.000 gegenüber - sowie ein Gesamtbestand von 4,2 Millionen

Stück. Das zeigt, wie begrenzt der Handlungsspielraum im Land ist, zumal wohl nur ein Bruchteil deren Besitzer wegen der Prämie einen Neukauf tätigen wird. Das hat auch Wirtschaftsminister Mitterlehner erkannt, der im Zusammenhang mit der Verschrottungsprämie „nur“ von 50.000 Autos spricht und da fragt man sich, was dieser Hokusokus, der nur der Effekthascherei dient, eigentlich soll.“

Die realistischen Zahlen sind für VW & Co - und damit unsere Zulieferindustrie - wohl nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Dem Staat kostet das jedoch rund 100 Millionen Euro. Für Amann ist das eine kontraproduktive Strategie, denn ein großer Teil der Verschrottungsprämie kommt sicherlich gar nicht unseren Zulieferern zugute, sondern stützt nur ausländische Arbeitsplätze. Die Schlüsselkunden unserer Zulieferindustrie sind im Grunde genommen eigentlich die deutschen Luxuswagenhersteller. Die wenigsten jener Kunden, die heute eine „Schrottkiste“ fahren, werden aber auf einen neuen BMW oder

Mercedes umsteigen, wo schon die Extras ein Vielfaches der Prämie ausmachen. Stattdessen werden viele wie bisher einen billigen Asiaten kaufen - und in einem solchen sind meist praktisch gar keine Teile „Made in Austria“ drinnen. Damit erübrigt sich dieser wirtschaftspolitische Unsinn, der zudem auch nur mit viel Kontrolle und Verwaltungsaufwand abgewickelt werden kann, so die Kritik Amanns.

Wenn man Impulse für die Autoindustrie setzen will, dann sollte man steuerliche Anreize schaffen, wie etwa die Senkung der NOVA oder der Kfz-Steuer. Damit könnte man die notwendigen Impulse, sowie Anreize für eine Neuanschaffung setzen und damit für eine nachhaltige Wirkung sorgen. Alles andere ist Verschleuderung von Steuergeld, was gerade in Krisenzeiten unverantwortlich ist. Mit diesem Geld könnte man dringend notwendige Kredite für die KMUs stützen, was wohl nur im Sinne der Gesamtwirtschaft sein kann, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, abschließend.

OTS-Meldung, 21.1.2009

RFW fordert Aussetzung des Nichtraucherschutz-Gesetzes!

Utl.: WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn: Dieses Gesetz ist ein logistischer Müllhaufen!



Für eine sofortige und totale Aussetzung des Nichtraucherschutz-Gesetzes für die Gastronomie spricht sich Matthias Krenn, Vizepräsident der

Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW), aus:

„Dieses Gesetz ist für die heimischen Gastronomiebetriebe in der praktischen Umsetzung ein logistischer Müllhaufen. Deshalb fordern wir die Aussetzung der Beschlüsse für die Gastronomie bis es zu einer gesamteuropäischen Lösung kommt.“

Die Krux an diesem Nichtraucherschutz-Gesetz ist vor allem, dass die große Koalition mit dieser typisch österreichischen Regelung die heimi-

schen Unternehmer durch die verordneten Umbaumaßnahmen noch zusätzlich in finanzielle Unkosten stürzt. Und das alles im Wissen, dass ohnehin bald eine europäische Lösung kommen wird.

Für Vizepräsident Krenn und den gesamten RFW ist daher eine komplette Aufhebung des Gesetzes für die Gastronomie unumgänglich: „Bis es zur europäischen Lösung kommt, sollen Hotellerie und Gastronomie auf freiwilliger Basis entscheiden können. Die öffentlichen Bereiche sind sowieso schon jetzt rauchfrei zu gestalten, was natürlich auch so bleiben muss“, so Matthias Krenn abschließend.

OTS-Meldung, 7.1.2009

BO Amann zu Nichtraucherschutzregelung!

Utl.: Offener Brief an Bundesminister Reinhold Mitterlehner

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Die ab 1.1.2009 geltende gesetzliche Regelung für den Nichtraucherschutz in der Tourismus- und Gastronomiebranche bedeutet gerade für viele Unternehmen erhebliche finanzielle Mehrbelastungen. Der Erhalt der Volksgesundheit ist wichtig und der Schutz der Nichtraucher muss natürlich berücksichtigt werden. Dies sollte aber auf Basis der Freiwilligkeit erfolgen bzw. aufgrund individueller Entscheidungen.

Ich denke, dass man mit diesem Gesetz und der Androhung des Vollzuges die ohnehin durch die Weltwirtschaftskrise geplagte Gastronomie und Hotellerie noch weiter unnötig mit Auflagen belastet. Auch die Tatsache, dass die EU eine einheitliche Verbotsregelung ohne Ausnahme eventuell ab 2010/2011 vorsieht, sollte in die Bewertung der Sachlage einfließen.

Ich beziehe mich da auf eine Information der Sprecherin von EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla, wonach ein generelles Rauchverbot in Ausarbeitung ist. Im November

2009 könnte es einen ersten Gesetzesvorschlag geben!

Weiters gebe ich zu bedenken, dass die bauliche Trennung von Raucher-, und Nichtraucherbereiche hohe Finanzmittel erfordert, die der Kapitalmarkt derzeit kaum bis gar nicht ermöglicht. Es müssen Lüftungsanlagen ein-, oder umgebaut und weitere Baumaßnahmen gesetzt werden, die aufgrund der geringen Eigenkapitalquote vieler Unternehmen betriebswirtschaftlich nicht getätigt werden können. Maßgeblich für die Kosten ist auch die Bauordnung, welche je nach Bundesland immer noch verschieden ist. Da es bis dato keine österreichweite einheitliche Lösung gibt, verteuert auch das die Maßnahmen in den Nichtraucherschutz.

Faktum ist für mich, dass die durch das Gesetz verordneten notwendigen Investitionen dann bereits nach ein bis zwei Jahren wertlos sein könnten. Dieser Investitionsaufwand lässt sich in dieser kurzen Zeit nicht erwirtschaften.

Ich würde Dich daher als Kenner der



österreichischen Unternehmerlandschaft und langjährigen Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich eindringlich ersuchen, auf die zuständigen Stellen dahingehend einzuwirken, den Vollzug des Nichtraucherschutzgesetzes im Sinne der österreichischen Gastronomiebetriebe bis zu einer gesamteuropäischen Lösung auszusetzen.

Ich bedanke mich für die Unterstützung und verbleibe mit der Bitte um geschätzte Antwort

mit freundlichen Grüßen
KommR Ing. Fritz Amann
RFW-Bundesobmann

Mehr Budgetmittel für touristische Werbemaßnahmen!

Utl.: Antizyklische Werbekampagnen mit zusätzlichen Budgetmitteln für die heimische Tourismuswirtschaft unumgänglich!

Im Hinblick auf mögliche Folgewirkungen der Finanzkrise ist es unumgänglich, einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige Österreichs, nämlich der Tourismuswirtschaft, mit sofortigen aber auch nachhaltigen Maßnahmen unter die Arme zu greifen.

„Deshalb fordern wir vom RFW antizyklische Werbemaßnahmen der Österreich Werbung (ÖW) gemeinsam und in Zusammenarbeit mit den Landestourismusorganisationen noch vor der Sommersaison 2009“, so Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW) heute in einer Aussendung.

Die dafür erforderlichen Budgetmittel sollen laut Krenn von den „Besitzern“ der ÖW mitgetragen werden: „Im

Umfeld einer schwieriger werdenden Konjunktursituation müssen kräftige antizyklische Maßnahmen schon jetzt für die Sommersaison 2009 gesetzt werden, vor allem in Österreich und bei denjenigen Nachbarländern, die innerhalb einer Tagesreise mit dem PKW in unser schönes Urlaubsland kommen können“, erklärt WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn, der auch Mitglied des ÖW-Präsidiums ist, weiter seine Forderungen.

Die heimische Tourismuswirtschaft ist und bleibt eines der wichtigsten Wirtschaftsstandbeine im Land: „Die österreichischen Tourismusunternehmen bleiben im Land und wandern nicht in Billigländer ab. Deshalb muss der Tourismus auch in diesen schwieriger werdenden Wirtschaftszeiten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln rasch und effizient unterstützt werden, letztlich geht es auch hier um den



Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen.

Jeder Arbeitsplatz im Tourismus generiert laut einer wissenschaftlichen Studie zwei weitere Arbeitsplätze im gewerblichen Umfeld des Tourismus“, betont Krenn abschließend die Wichtigkeit dieser Forderung.

OTS-Meldung, 9.1.2009

WKÖ-Vizepräsident Krenn fordert „billigeres“ Geld für heimische Unternehmer! Utl.: EZB Leitzins muss weiter gesenkt werden!

Die Bank von England hat ihren Leitzins gestern von 2,0 auf 1,5 Prozent gesenkt. Für Matthias Krenn, WKÖ-Vizepräsident und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger (RFW) Grund genug, diesen Schritt im selben Ausmaß auch von der EZB einzufordern:

„Die Britische Notenbank hat bereits Anfang Dezember vergangenen Jahres mit einer geldpolitischen Lockerung

um einen vollen Prozentpunkt auf die schwere Wirtschaftskrise reagiert, um jetzt gleich wieder um einen halben Prozentpunkt nach unten zu gehen. Ich fordere daher eine Senkung im Ausmaß von 0,5 bis 1,0 Prozent auch von der EZB ein.“

Für Krenn ist in Folge vor allem die mit der Leitzinssenkung einhergehende Senkung des EURIBOR interessant: „Für die heimischen Unternehmer ist es von enormer Wichtigkeit, dass sie trotz

Finanzkrise weiterhin an Geld für notwendige Investitionen kommen, und dies zu Konditionen, welche die schwierigen Zeiten überwinden helfen, sowie auch mögliche Investitionsanreize erzeugen.

Deshalb ist ein weiterer Zinsschritt der EZB dringend erforderlich, um dem britischem Beispiel zu folgen“, so WKÖ-Vizepräsident Krenn in einer ersten Reaktion auf die Leitzinssenkung in England.



Senator h. c. Matthias Krenn

Seit Freitag, den 19. Dezember 2008, trägt Matthias Krenn, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich und stellvertretender Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW), den Titel „Senator h.c.“. Krenn dazu: „Es ist für mich eine große Ehre, in den Kreis des Senates der Wirtschaft aufgenommen worden zu sein. Ich werde diesen Titel mit gebührendem Respekt tragen und mich mit meinem Wissen und meinen Kontakten so gut als möglich dort einbringen.“

RFW-Burgenland: LO Karl Simon - Landestankstellen gefährden Betriebe und Arbeitsplätze!



Die täglich zunehmende Kritik der burgenländischen Tankstellenbesitzer - und Pächter nimmt der RFW Burgenland zum Anlass, die aktuelle Politik von LH Niessl und vor allem von Finanz-Landesrat Bieler aufs Schärfste zu verurteilen.

Nicht genug damit, dass man mit dem Betrieb von zwei „Landestankstellen“ bereits genug Schaden angerichtet hat, will Bieler noch weitere sieben Tankstellen in „Landesregie“ errichten. Seine absurde Begründung, „man müsse dies im Interesse von Pendlern tun“ geht insofern ins Leere, als man mit der bereits bestehenden burgenländischen Pendlerförderung diese Zielgruppe - unabhängig von der Treibstoffentwicklung - fördern kann.

Es ist bedauerlich, dass gerade ein „Finanz“ Landesrat nicht kapieren will, dass durch seine wirtschaftspolitisch unsinnige Aktion, der Wettbewerb zwischen der Privatwirtschaft und einer „Landesgesellschaft“ verzerrt wird. So ist es kein Kunststück über die Landestankstellen Diesel billiger abzugeben, wenn die Personalkosten das

Land trägt!

- Unverständlich ist für den RFW-Burgenland, dass weder die Wirtschaftskammer, noch der ÖVP Wirtschaftsbund als führende Fraktion ohne Initiativen bleiben.

- Gleichzeitig muss auch der sozialistische „Freie Wirtschaftsverband“ gefragt werden, warum er sich bei dieser unternehmenszerstörenden Aktion so ruhig verhält. Ist es die parteipolitische Beziehung zu Bieler und Niessl, welche jede Reaktion zugunsten der betroffenen Betriebe verbietet?

Der RFW- Burgenland fordert daher die oben genannten Politiker auf, ihre ruinösen Absichten aufzugeben und gerade in Krisenzeiten wirtschaftliche Vernunft walten zu lassen.

Hände weg von weiterem Steuergeld Statt Geld für Banken im Osten, Soforthilfe für KMUs - in Österreich!

Kein Verständnis, den Banken jetzt auch noch Geld für ihre Absicherung im Osten zu geben, kann der Landesvorstand des Ring Freier Wirtschaftstreiber (RFW) aufbringen.

„Mit großen Sprüchen haben österreichische Banken mit ihren gewinnbringenden Filialgründungen geprahlt. Jetzt sollen sie ihre Substanz in schwieriger Zeit auch selbst zum Über-

leben heranziehen“, fordert RFW-Obmannstv. Ing. Günther Michlits.

Es geht, so Michlits, nicht an, die Banken & Arbeitsplätze in Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu stützen, während sie österreichischen Betrieben Kredite verwehren.

Zudem ist laut einem ORF-Bericht Nationalbankgouverneur Ewald Nowot-

ny davon überzeugt, dass Österreichs im Osten engagierte Banken nicht gefährdet seien.

„Der RFW verlangt, dass endlich heimischen Klein- und Mittelbetrieben rasch & unbürokratisch in einer so schwierigen Wirtschaftsphase geholfen wird. Die Zeit für billige Ausreden ist längst vorbei“, meint Günther Michlits abschließend.

Burgenland hat erstmals einen Berufsgruppensprecher der Berufsdetektive

Die burgenländischen Berufsdetektive wählten im Dezember in der Wirtschaftskammer erstmals einen Sprecher ihrer Berufsgruppe. Jetzt präsentierte Andreas Schweitzer als Interessenvertreter seine künftigen Initiativen:

„Geht im Leben alles schief, werde Detektiv“, ist sicher nicht das Motto, das ich verrete. Bei mir geht Qualität vor Quantität. Darum ist es mir auch ein Anliegen, das rechtliche Fachwissen der Detektive betreffend der Ausübung des Berufs zu verbessern. (Fachgespräche, Fachprüfung).

Das Aufgabengebiet des Detektivs erstreckt sich nicht nur vom Kaufhaus hin bis zum Matula-Syndrom (Ein Fall für Zwei) sondern ist vielseitiger als man zuerst annimmt. Wir sind sowohl im Bereich des Eherechts über das Mietrecht bis hin zum Wirtschaftsstrafrecht in ermittelnder und beobachtender Tätigkeit unterwegs.

Die Detektive sind aber auch im Bereich der Aufklärung und Verbrechensabwehr, wie man es am Beispiel Kaufhausüberwachung sieht, erfolgreich im Einsatz. Der wirtschaftliche Schaden bei Ladendiebstählen ist enorm und

kann nur durch den erfolgreichen Einsatz der Kaufhausdetektive minimiert werden. Diese Tätigkeit findet jedoch in der Verbrechensstatistik keine Erwähnung, da in dieser unübersichtlich zu viele Taten verzeichnet werden.

Selbstverständlich sehen wir unsere privatwirtschaftliche Tätigkeit in keinem Widerspruch zur Aufgabe der Polizei, sondern im Gegenteil - im Interesse der Sache - die Zusammenarbeit als eine wichtige Zielsetzung an.

Wirtschaft mit steuerbegünstigten Autokauf ankurbeln!

Utl.: Finanzminister Pröll vergisst auf das Nächstliegende!



Finanzminister Pröll sollte sich an einem Grundsatz orientieren: "Wer schnell hilft, hilft doppelt. Genau dies wäre jetzt notwendig, um dem schwer getroffenen Autohandel, welcher für die Gesamtwirtschaft äußerst wichtig ist, Impulse geben zu können." Mit diesem Argument fordern die führenden Vertreter des RFW-Kärnten, WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn und WKK-Vizepräsident Bundesrat Peter

Mitterer den Vorsteuerabzug für jeden Autokauf durch Betriebe.

"Ein solcher steuerlicher Anreiz wäre ein Signal für viele Unternehmen, dass sie ihren Fuhrpark erneuern. Damit könnte man Investitionen mobilisieren, welche wir jetzt dringend benötigen", erklärt Bundesrat Mitterer. Leider vergesse Finanzminister Pröll auf diese nächstliegende Maßnahme. Der generelle Vorsteuerabzug wäre eine wesentliche Erleichterung. "Denn derzeit können die Unternehmen die 20prozentige Mehrwertsteuer beim Ankauf von Fahrzeugen nur für ganz wenige Autotypen abschreiben", begründet Matthias Krenn diesen Vorstoß.

Wie das Beispiel Deutschland zeigt, wäre die Ankurbelung des Autohandels eine wertvolle Konjunkturstütze. Die Deutschen hätten deswegen eine Prämie von 2.500 Euro für alle jene



eingeführt, welche ein neues Fahrzeug erwerben und ihr altes Fahrzeug verschrotten. "Wenn der Staat den Autoabsatz fördert, hilft er indirekt auch großen Teilen der österreichischen Industrie, da die vielen heimischen Zulieferbetriebe auch von der Absatzkrise der Autoproduzenten betroffen sind," meinen Krenn und Mitterer abschließend.

"Österreich-Wappen" für Villacher Brauhof



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner nahm heute die Verleihung des österreichischen Staatswappens an die Vereinigte Kärntner Brauereien AG anlässlich langjähriger Verdienste durch außergewöhnliche Leistungen um die österreichische Wirtschaft vor und betraut die Kärntner Traditionsbrauerei mit der Führung des Bundeswappens im geschäftlichen Verkehr. Es ist das sichtbare Zeichen dafür, dass sich die Villacher Brauerei besonders mit der Stadt Villach, dem Bundesland Kärnten und dem Land Österreich identifiziert. Ihr Wirkungsgrad geht weit über die Grenzen Villachs und Kärntens hinaus. Villacher Bier ist ein wichtiger Botschafter der österreichischen Lebensmittelqualität.

Unterwegs in Kärnten



Gehen 8.500 österreichische Unternehmen in Rauch auf?

Utl.: Ein Sechstel der österreichischen Gastronomen existenzgefährdet!



Laut Fachverbandsobmann Hinterleitner sind 2 Drittel der 50.900 österreichischen Gastronomiebetriebe Mehrraumbetriebe, die mit dem am 1. 1. 2009 in Kraft getretenen Tabakgesetz keine Probleme haben - sieht man von der berühmten "Hauptraumregelung" ab, wo kein Mensch weiß, wie sie im Zweifelsfall gehandhabt wird.

Die Hälfte des 3. Drittels, das sind ca. 17.000 Betriebe, sind Lokale unter 50 m², die auch kein Problem mit der neuen Regelung haben. Verbleiben

noch ca. 8.500 Betriebe, die zum Umbau genötigt werden und somit gigantische Kosten zu tragen haben, wollen sie nicht drastische Umsatzeinbußen in Kauf nehmen und damit ihre Existenz gefährden.

"Das heißt, 8.500 Kleinunternehmer zerbrechen sich nun den Kopf, wie und vor allen Dingen mit welchem Kapital sie die geforderten Umbauten bewerkstelligen sollen, wo doch die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass gerade die Gastronomie eine Branche ist, die von den Banken bei Kreditvergaben besonders restriktiv behandelt wird." so RFW-Organisationsreferentin Elisabeth Ortner. "8.500 Familien, die sich Sorgen um ihre Zukunft machen. Wenn in einem anderen Wirtschaftszweig 8.500 Arbeitsplätze derart gefährdet wären, wäre in den österreichischen Medien die Hölle los und es würden sich die ‚politischen Jobsicherer‘ mit Sanierungsmöglichkeiten und Absicherungsmodellen vor den Fernsehkameras nur so drängen, wie man angesichts der Situation in der Auto- und Autozu-

lieferindustrie tagtäglich verfolgen kann".

Den betroffenen 8.500 Betrieben wird es auch keineswegs helfen, wenn die schwarzen und roten Repräsentanten der Wirtschaftskammer jetzt die verwirrenden Regelungen als Erfolg verkaufen wollen. Der Gipfel des Fiascos ist, dass die rot-schwarze Regierungskoalition weiß, dass Brüssel an einem EU-weiten "Rauchverbot" arbeitet, das 2010 durchgesetzt werden soll. Es kommt einer Verhöhnung gleich, wenn 8.500 Betriebe existenzgefährdende Umbauten durchführen müssen, die in ein paar Jahren "für die Würscht" sind.

Wir alle wissen, dass Rauchen ungesund ist; es muss jedoch die Entscheidung des Gastwirtes sein, ob in seinem Lokal geraucht werden darf oder nicht, genauso wie es jedem Gast frei steht, ein Raucher- oder Nichtraucherlokal zu besuchen. Es kann nicht im Sinne des Erfinders eines gemeinsamen Europas sein, dass seine Bürger von den Bürokraten entmündigt werden!

Viel Lärm um Nichts! Utl.: Kleine Händler und Steuerzahler zahlen die Zeche für Finanzkrise und verfehlte Unternehmenspolitik der Autohersteller!

"Was dem Österreicher unter dem Titel Verschrottungsprämie von ‚Strahlebundeskanzler‘, Vizekanzler und Wirtschaftskammerern als Rezept gegen die Krise in der Auto- und Autozulieferindustrie und im Autohandel verkauft wird, ist schlicht und einfach Augenauswischerei", so KommR Hermann Fichtinger, Mitglied im Gremium des KFZ-Handels und LO-Stv. des RFW-NÖ. "Anstatt sich eine nachhaltige Lösung des Problems im Wege der Herabsetzung von KFZ-Steuer und NOVA zu überlegen, betreibt die rot-schwarze Regierung wieder einmal Effekthascherei auf dem Rücken aller Unternehmer."

Während sich die Bundesrepublik Deutschland sehr wohl auch auf diesem Gebiet neue Steuertarife - besonders im Hinblick auf Verbrauch und CO₂-Ausstoß - einfallen ließ, zahlen unsere Kunden noch immer NOVA und KFZ-Steuer wie gehabt.

Dass der KFZ-Handel schon längere

Zeit gravierende Probleme hat, ist ein offenes Geheimnis, war aber für unsere Bundesregierung nie Anlass zu handeln. Jetzt, da eine "Streichelregierung" dringend Erfolge vorweisen muss und auch die Industrie, die die Autohändler schon jahrelang knebelt, ins Trudeln geraten ist, muss der Handel wieder herhalten. "Wenn ich mich mit meiner Händlerspanne an der Verschrottungsprämie finanziell beteiligen muss, bleibt mir beim Verkauf überhaupt nichts mehr übrig", stellt ein KFZ-Händler aus dem Weinviertel fest, "Ganz zu schweigen von dem bürokratischen Aufwand, der dadurch verursacht wird."

Der erhoffte Effekt ist zu bezweifeln. Möglicherweise beschränkt er sich auf jene Käufer, die ohnehin einen Neuwagenkauf planen und diesen nun vorziehen, um in den Genuss der Verschrottungsprämie zu kommen, diese Verkäufe werden aber dann im folgenden Jahr wieder fehlen,



Jubelmeldungen für das Verkaufsjahr 2009 werden daher sehr mit Vorsicht zu genießen sein.

"Da die Verschrottungsprämie ohnedies nur für Privatpersonen gilt, wäre es nur gerecht, endlich einmal einer jahrelangen RFW-Forderung Rechnung zu tragen und endlich den Vorsteuerabzug für alle betrieblich genutzten Kraftfahrzeuge umzusetzen", schließt Fichtinger.

LO Wolfgang Klinger: Solarpflicht durch Erneuerbaren-Pflicht ersetzt



"Der von Rot-Grün in Oberösterreich verordnete Solaranlagenzwang im geförderten Wohnbau konnte auf Initiative des RFW gemeinsam mit der FPÖ-Landtagsfraktion zu Fall gebracht werden.

RFW-Landesobmann Klinger: "Seit Jahresbeginn 2009 gibt es wieder eine vernünftige Regelung, die die bisherige Ungleichbehandlung alternativer Energieformen beseitigt!"

Konkret besteht bei geförderten Wohn-Neubauten jetzt eine Wahlmöglichkeit

zwischen allen Energiegewinnungsanlagen, die erneuerbare Energieträger bzw. Fern- oder Nahwärme nutzen.

Wäre es nach Rot-Grün gegangen, hätten alle anderen Anbieter außer Solaranlagen keine Chance gehabt, Aufträge in diesem Bereich zu erhalten.

FPÖ-Klubobmann und RFW-Mitglied Günther Steinkellner: "Wir sind nicht gegen Solaranlagen, aber gegen einen Zwangseinbau, wenn es andere gute Alternativen gibt."

Aus dem Nationalrat: KommR Alois Gradauer steht dem Budgetprovisorium 2009 ablehnend gegenüber!

"Das Provisorium beinhaltet so wie das alte Budget keine wesentlichen Einsparungen bei der Verwaltung" - Einsparungspotential von 6 Milliarden Euro liegt brach!"

'Es reicht!', hat der damalige Finanzminister und Vizekanzler Molterer gesagt und dieses Handtuchwerfen hat den österreichischen Steuerzahler 170 Millionen Euro gekostet. Soviel haben die vorzeitigen Neuwahlen verschlungen", so der Budgetsprecher NAbg. Alois Gradauer, stellvertretender RFW-Obmann in Oberösterreich.

Das Budgetprovisorium für 2009 sei abzulehnen. "So wie das alte Budget beinhaltet es keine wesentlichen Einsparungen bei der Verwaltung und auch keine Verbesserungen bei den Bürokratiekosten für die Wirtschaft. Warum werden nicht endlich die Vorschläge des Rechnungshofes umgesetzt?", fragt Gradauer. Weiters gäbe es viel Gerede um eine Gesundheitsreform, aber keine Maßnahmen. "Dieses beträchtliche Einsparungspotential von 6 Milliarden Euro muss endlich genutzt werden", verlangt der freiheitliche Budgetsprecher.

Das derzeitige Defizit von 190

Milliarden Euro steige weiter. Der Finanzfahrplan für fünf Jahre prognostiziere weitere 40 Milliarden Euro Defizit. "Dabei fehlen konkrete Zusagen, wann und wie diese neuen und alten Schulden zurückgezahlt werden. Es wird zu wenig sein, die Ministerien zum Sparen aufzufordern. Ohne große nachhaltige Maßnahmen und Strategien zur Verbesserung der Finanzen bei Verwaltung, Bürokratie und Krankenkasse sehe ich schwarz für die nachfolgenden Generationen, so Gradauer abschließend.

"Steuermehreinnahmen hätten in Form einer Steuerreform den Bürgern zurückgegeben werden sollen!"

Die 2,6 Milliarden Euro Mehreinnahmen hätten schon letztes Jahr den Bürgern in Form einer Steuerreform zurückgegeben werden sollen, erklärt NAbg. Alois Gradauer zu den Budgetzahlen von 2008. Mehreinnahmen, mit denen man schon frühzeitig hätte klug kalkulieren müssen.

"Wir sehen nun unsere Forderungen insofern bestätigt, dass zum richtigen Zeitpunkt bereits die nötigen Weichenstellungen für die anrückende Wirtschaftskrise unternommen werden



hätten sollen", so Gradauer. Diese nötigen Reformen seien jedoch von den Verantwortlichen schmachlich verabsäumt worden, was sich nun dadurch niederschläge, dass dem Mittelstand nicht die nötigen Konjunkturbelebungsmaßnahmen zur Verfügung stünden.

Die Regierung habe dies beim Sogenannten Konjunkturpaket bewiesen, welches höchstens ein 'Paketchen' sei. Eine echte Konjunkturspritze sei bis dato ausgeblieben. Überplanmäßige Mehreinnahmen, aufgrund der überaus guten Konjunktur der vergangenen Jahre, seien von Rot/Schwarz immer sofort mit beiden Händen wieder ausgegeben worden. Leider nicht zur nötigen Entlastung der Bürger und Klein- und Mittelbetriebe, hält Gradauer abschließend fest.

LO KommR Helmut Haigermoser fordert eine Verwaltungsreform!

Utl.: Schluss mit dem Pyramidenspiel namens Schuldenpolitik!

"Vor dem Jahresbeginn müsse der erst jüngst wiederholte Appell von Rechnungshofpräsident Moser nach Umsetzung einer längst überfälligen Bundesstaatsreform zu einer Veranlassung der Bundesregierung führen, fordert der Landesobmann der Wirtschaftsliste Salzburg (RFW), WKS-Vizepräsident Komm. Rat Helmut Haigermoser in seinem Neujahrsaufruf.

Sowohl der Rechnungshof als auch der Staatsschuldenausschuss haben erkannt, dass die Bundesregierung die Berichte lediglich umsetzen müsste, wodurch ein Einsparungspotential in Milliardenhöhe zu erzielen wäre.

Haigermoser dazu: "Diese Versprecherkoalition verschanzt sich hinter einem niveaulosen Wall von Ausreden, warum sie nicht in der Lage sei, die Verwaltungsreform umzusetzen. Weil die Koalition keine Zweidrittelmehrheit hat, könne keine Verfassungsänderung herbeigeführt werden. Statt gemeinsam Mehrheiten dafür zu suchen, kuscheln die Koalitionäre lieber im Faulbett herum. Dem steht eine ideenlose Opposition gegenüber, welche momentan ihre gesamten Anstrengungen in die eigene Fellpflege legt."

Die weltweite Finanzkrise und die unabsehbaren Auswirkungen auf die Realwirtschaft verlangen nach einer Politik der Erledigung der Hausaufgaben, so Haigermoser weiter. Die Untätigkeit der sozialistischen Koalitionsregierung sei in ein unvertretbares Maß angestiegen, gelte es doch den Standort Österreich attraktiv zu halten, nach Bedarf zu gestalten und die Bürger zu entlasten.

Haigermoser meint weiter: "Mit dem Zurück zur altbekannten Schuldenpolitik entgleitet der Koalition die Finanzierung des Staatshaushaltes zu einem Pyramidenspiel für die kommenden Generationen, die aufgrund der schrumpfenden Bevölkerungsentwicklung und der wachsenden Kosten im Gesundheitsbereich schon heute vor unlösbare Fakten gestellt werden."

Im neuen Jahr werde sich zeigen, wie die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, somit für die Bürger gelegt werden. In Salzburg wird ein neuer Landtag zu wählen sein und dürfe, so Haigermoser, auch hier mit Spannung auf die Umsetzung der Versprechen nach der Wahl gewartet werden. 2004 hieß es noch, Salzburg blühe auf, aber



jetzt gibt es seit Ende 2008 Betriebe wie Sochor-Druck, Vorreiter, Johnson & Johnson nicht mehr. Maco wurde bis zum Gehn nicht mehr traktiert und M-Real wird einer enormen Belastungsprobe ausgesetzt sein.

"Die Herausforderungen für 2009 sind gewaltig und daher wird die Wirtschaftsliste Salzburg (RFW) als kreative Kraft Ideen vorgeben und konsequent von der Politik einfordern!", schloss der Landesobmann der Wirtschaftsliste Salzburg (RFW), WKS-Vizepräsident Komm. Rat Helmut Haigermoser seinen Neujahrsaufruf.

Unternehmerstammtisch mit KommR Ing. Fritz Amann und WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn - Donnerstag, 5. März 2009, 19.00 Uhr



WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn

Die Landesgruppe Salzburg lädt alle interessierten Unternehmer zu einem Unternehmerstammtisch mit Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann und WKÖ-Vizepräsident Matthias Krenn:

**Gasthof
"KRIMPELSTÄTTER"**
Müllner Hauptstraße 31
5020 Salzburg
19:00 Uhr



BO KommR Ing. Fritz Amann

Landestag des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) - Steiermark am 24. Jänner 2009



In Anwesenheit von FPÖ-Landesparteiobmann NAbg. Dr. Gerhard Kurzmann und RFW-Bundesgeschäftsführer Ernst Lengauer fand bei guter Stimmung der 21. ordentliche Landestag des RFW im Sporthotel Royer in Schladming statt.

Im Zeichen der Erneuerung des RFW legte Landesobmann Dr. Erich Schoklitsch einen Bericht über Tätigkeiten in den letzten Monaten seit seiner Wahl vor. Dabei wurden die Veranstaltungen, Bezirksgruppengründungen, die Öffentlichkeitsarbeit, die Anträge im Wirtschaftsparlament und der vom Landesvorstand anlässlich einer Klausur erarbeitete Themenkatalog präsen-

tiert. Wesentlich für die Zukunft ist die Vorbereitung auf die Wirtschaftskammerwahl 2010, die sehr stark von der derzeitigen Wirtschaftskrise geprägt sein wird. Im Forderungskatalog findet sich die Umsetzung der Konjunkturpakete mit echten Chancen für EPUs und KMUs und nicht nur Absichtserklärungen seitens der Regierungsparteien.

Weiters müssen die Möglichkeiten für die Kurzarbeit in den Betrieben ausgedehnt werden und ein echtes Steuerentlastungspaket für Unternehmen eingeführt werden, in dem die zum Beispiel bereits seit vielen Jahren geforderte Vorsteuerabzugsberechti-

gung für betrieblich genutzte PKW oder eine NOVA-Befreiung statt einer sinnlosen Verschrottungsprämie verantwortet sein müssen.

Eine weitere wichtige Forderung betrifft eine Lohnnebenkostenbefreiung beim 1. Mitarbeiter im 1. Beschäftigungsjahr - eingebracht vom RFW beim letzten Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Steiermark.

Der Landesobmann berichtete ebenso über das neue Büro des RFW-Steiermark in der Grabenstraße 75 in Graz, das im März 2009 bezogen wird und die Erneuerung des RFW auch optisch vermitteln soll. Ein wichtiger Programmpunkt des Landestages war die Verleihung des Silbernen Ehrenzeichens an die langjährigen verdienten Funktionäre KommR Franz Koller und KommR Gerhard Köhldorfer.

Zum Abschluss dankte der Landesobmann allen Funktionären für ihren Einsatz und ersuchte um tatkräftige Mitarbeit bei den kommenden Aufgaben.

Themessl: Versäumnisse der EU, sich von Energieabhängigkeit zu verabschieden Utl.: Mittel für thermische Sanierung müssen drastisch erhöht werden

Wirtschaftssprecher NAbg. Bernhard Themessl, RFW-Bundesvorstandsmitglied, betonte in der heutigen Aktuellen Stunde des Nationalrates die Versäumnisse der EU in punkto Energiesicherheit in Europa. Er warf Wirtschaftsminister Mitterlehner vor, die EU über den Klee zu loben, wobei es allerdings nicht nachvollziehbar sei, wieso sich die EU beim Gaslieferstopp aus Russland nicht vehement eingemischt habe. Man hätte durchaus Druck auf die Ukraine ausüben müssen. Nicht Russland sei hier zu bezichtigen gewesen.

Themessl gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass mit dem von der ÖVP forcierten Nabucco-Projekt eine weitere Abhängigkeit ausgelöst würde. Die

Türkei könne das dann ausnutzen und als Druckmittel gegen Europa verwenden. "Die EU hat es in den letzten Jahren generell verabsäumt, Schritte zu setzen, sich von Energie-Abhängigkeiten zu verabschieden", so Themessl. Durch die US-Hörigkeit der EU sei laufend der Konflikt mit Russland geschürt worden. Jetzt käme Europa als Bittsteller und müsse jeden verlangten Preis für Gas zahlen, wenn es sein müsse, auch das Doppelte.

Was die erneuerbaren Energien betrifft betonte Themessl, dass von der Regierung im Bereich der thermischen Sanierung viel zu wenig Geld in die Hand genommen würde. Die Regierungs- und Staatsgebäude seien überhaupt von den Plänen der thermischen Sanierung

ausgeschlossen, was hinsichtlich einer durch möglichen Konjunkturanhebung nicht einzusehen sei.



Angesichts eines 100 Milliarden schweren Bankenpaketes sei dies nicht zu rechtfertigen. Themessl forderte nachdrücklich eine drastische Erhöhung der Mittel für die thermische Sanierung.

RFW-Tirol: "Sperrstunde" für das Nichtraucherschutz-Gesetz!

Utl.: LO KommR Winfried Vescoli fordert den Schulterchluss aller Wirtschaftstreibenden - der Tiroler Gastronomie muss geholfen werden!

Für ein sofortiges Moratorium in Sachen Vollzug des unsäglichen Nichtraucherschutz-Gesetzes spricht sich der Tiroler Obmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) KommR Winfried Vescoli aus. Wir sagen „NEIN“ zu diesem legislativen Flickwerk, bevor es für tausende Wirte zu spät ist!

Vescoli weiter: "Es reicht! Die Tiroler Gastronomen haben in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld schon genug zu kämpfen. Die Stimmung ist im Keller. Der Wirtschaftsmotor Gastronomie und Tourismus darf nicht auf diese Art und Weise abgewürgt werden."

Täglich vermelden Wirte Umsatzeinbußen von bis zu 50 Prozent. Das ist existenzbedrohend. Ich vermisse hier leider das entschiedene Auftreten der Wirtschaftskammer - sowohl im Land

als auch im Bund - gegen dieses legislative Flickwerk."

Tatsache ist: „Die Wirte befinden sich derzeit am Gängelband selbsternannter Gesundheitsapostel, welche nichts Besseres zu tun hätten, als die jeweiligen Bezirksverwaltungen mit Anzeigen gegen unzählige, hart arbeitende Gastronomen einzudecken. Es braucht klare Verhältnisse. Nur mittels gestellter Bauansuchen auf eine Gnadenfrist zu hoffen, sei unwürdig. Er, Vescoli, selbst sportlicher Nichtraucher, spricht sich nicht im mindesten gegen den aktiven und passiven Schutz von Nichtrauchern aus, aber dann bitte generell oder gar nicht!

Es braucht einen ehrlichen Schulterchluss aller Tiroler Wirtschaftstreibenden mit unseren Kollegen aus dem Gastgewerbe. Man müsse gemeinsam



Stärke gegenüber dem Gesetzgeber zeigen, um die handelnden Personen zum Umdenken zu bringen. „Unsinnige Gesetze können jeden treffen und auch jeden in den wirtschaftlichen Ruin treiben. Doch gerade Tirol hängt vom florierenden Gastgewerbe und Tourismus mehr als deutlich ab“, schloss LO KommR Vescoli.

Strategiefindungsseminar des RFW-Tirol im Karwendelgebirge



Am Freitag, den 30. Jänner 2009, trafen sich die Mitglieder des RFW Landesvorstandes Tirol unter ihrem Obmann KommR Winfried Vescoli, Bundesgeschäftsführer Ernst Lengauer und dem neuen Tiroler Landesgeschäftsführer Klaus Wurm zu einem 2-tägigen Seminar im Speckbacherhof in Gnadewald.

Ziel dieses Workshops war es, im Andreas-Hofer-Gedenkjahr umrahmt vom schneebedeckten Karwendelgebirge und mit Blick in das Inntal, eine strategische Ausrichtung für den Wirtschaftskammerwahlkampf 2010 zu

finden. LO Vescoli konnte hierfür zwei hochkarätige, österreichweit bekannte, externe Berater gewinnen.

Die Ausgangsposition des RFW Tirol ist laut KommR Vescoli klar. Ein neues, junges

Team bereitet sich auf die Kammerwahl 2010 vor. Ziel ist es, bei der Wahl zuzulegen und die Allmacht des schwarzen Wirtschafts-bundes in der Tiroler Wirtschaftskammer zu brechen.

Im Vordergrund des Seminars stand dabei die Fragestellung, wie man die limitiert vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen am besten einsetzt, und welche Zielgruppen mit welchen Themen über welche Kommunikationskanäle erreicht werden können.

Neben der strategischen und inhaltli-

chen Vorbereitung bestand die Herausforderung darin, das Team des RFW Tirol zu stärken, die interne Kommunikation und Zusammenarbeit zu verbessern und in einem wertschätzenden Umfeld gemeinsame Ziele und Visionen zu erarbeiten. Die Seminarleitung machte eines sehr deutlich: Nur wenn die Motive, Erwartungen und Zielvorstellungen aller Teamspieler sichtbar gemacht werden und dann darüber zum überwiegenden Teil auch Einigkeit herrscht, können politische Positionen authentisch und erfolgreich nach außen kommuniziert werden.

Bundesgeschäftsführer Lengauer und Landesgeschäftsführer Wurm waren von der hohen Qualität des 2-tägigen Seminars beeindruckt und zeigten sich erfreut, da es gelang, das Tiroler Team noch enger zusammenzuschweißen.

RFW-Vorarlberg fordert erneut die Einführung des Teilzeitkrankensandes! Utl.: LO KommR Ing. Eduard Fischer: "Was in der Schweiz geht, muss auch bei uns möglich sein!"



Die Anzahl an Krankenstandstagen und Krankmeldungen, welche sich aufgrund steigender Freizeitunfälle und Grippefälle derzeit vermehrt häufen, ist gerade für die mittelständische Wirtschaft weiterhin ein enorm belastender Kostenfaktor. Schließlich geht dieser Schaden an der Volkswirtschaft fast ausschließlich zu deren Lasten und

daher muss man das geltende System ändern, so der RFW-Landesobmann, WK-Vizepräsident Ing. Edi Fischer, in einer Aussendung.

Fischer dazu: „Die Wirtschaft hat ihre Hausaufgaben längst gemacht, wie der enorme Rückgang der Arbeitsunfälle zeigt. Was man aber nicht in Griff bekommt, sind die Freizeitunfälle sowie eine oft zu großzügige Handhabung der Krankenstandsverschreibungen. Allein der Ärzteschaft den schwarzen Peter zuzuschieben, ist aber der falsche Weg, schließlich sind ihr vom Gesetzgeber die Hände gebunden, da dieser das Modell des Teilzeitkrankensandes nicht kennt.“

Dieses Modell wird bei unserem Nachbarn Schweiz längst angewendet und würde auch bei uns volkswirtschaftlich durchaus Sinn machen,

schließlich bedeutet Krankenstand nicht gleichzeitig auch völlige Arbeitsunfähigkeit. Zeitlich begrenzte Tätigkeiten, die nicht den Gesundheitsprozess beeinträchtigen, sollten für jedermann zumutbar sein.

Langzeitausfälle gerade nach Unfällen und Operationen könnten so für beide Seiten entschärft werden, denn mit der Einführung des Teilzeitkrankensandes hat auch der Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich im Rahmen der ärztlichen Unbedenklichkeit am Arbeitsprozess zu beteiligen. Durch die im Teilzeitbereich erbrachten Leistungen, könnten, so RFW-Landesobmann VP Ing. Edi Fischer, die Zahl der Krankenstandstage erheblich reduziert werden, was zu einer weiteren Entlastung des Gesundheitssystems aber auch der Wirtschaft führen würde.

BO Amann fordert bessere finanzielle Unterstützung für Lehrlinge! Utl.: Anfrage an Wirtschaftslandesrat Rüdissler

„Jeder Lehrling muss uns gleich viel wert sein. Es gibt jedoch leider immer noch Ungleichbehandlungen von Lehrlingen. Dem müssen wir ein Ende setzen und für eine gerechte finanzielle Unterstützung aller Lehrlinge sorgen“, so die Forderung von RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann.

Amann dazu: „Während die Fahrten zu den Berufsschulen für Lehrlinge im Land durch den ÖPNV kostenlos oder begünstigt sind, gilt das für jene Berufsschüler, die mangels Angebot

zum Besuch von Blockzeitschulen in den anderen Bundesländern gezwungen sind, nicht. Für diese ‚externen‘ Berufsschüler entstehen Internatskosten und auch die Reisekosten sind nicht unerheblich.“

In einer Anfrage an Wirtschaftslandesrat Karlheinz Rüdissler will Amann nun u.a. wissen, wie viele Vorarlberger Lehrlinge in Berufsschulen in anderen Bundesländern auspendeln müssen und wie sich die Unterstützung des Landes für diese Berufsschüler gestaltet.



Aichrainertunnel - Entlastungsprojekt für die gesamte Region!

„Mit der Verkehrsfreigabe des Achrainertunnels wird ein wichtiges Entlastungsprojekt für eine gesamte Region abgeschlossen. Die Mobilität der Menschen darf nicht kontinuierlich behindert, sondern muss im Interesse der Wirtschaft und der vielen Vorarlberger Pendler erhalten und ausgebaut werden“, betont RFW-Bundesobmann Ing. Fritz Amann.

Verkehrsgeplagte Anrainer in Wolfurt,

Schwarzach und Dornbirn-Haselstauden würden durch den Achrainertunnel und die L 200 "neu" eine deutliche Entlastung zu spüren bekommen. Zudem bedeute dieses Infrastrukturprojekt auch einen wichtigen Schritt zur Erschließung einer gesamten Wirtschafts- und Tourismusregion. Im Gegensatz zu den Grünen, die - wie aus ihrem vermeintlichen ‚Masterplan‘ hervorgeht - immer nur auf Nullvarianten

setzen und jegliche straßenbauliche Weiterentwicklung im Land zu blockieren versuchen, lassen wir die Menschen mit ihren Verkehrsproblemen nicht im Stich.

Eine Entlastungsstraße im Unteren Rheintal, gehört ebenso zu unseren Zielen, wie der Bau der tunnelgestützten Südumfahrung Feldkirch oder der vierspurige Sicherheits-Ausbau der S16 Arlbergschnellstraße.

RFW-Wien: Die KMU brauchen ein KMU-Paket, das diesen Namen auch verdient!

"Die Wiener KMU benötigen rasch und unbürokratisch Hilfe und keine neuen Hürden in Form von Förderungen", stellt der Obmann der Fraktion "Fachliste der gewerblichen Wirtschaft - Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiber" in der Wiener Wirtschaftskammer, KommR Karl Ramharter, fest. "Die einfachste Art, den KMU mehr Liquidität zukommen zu lassen ist sicher jene, ihnen das Geld erst gar nicht wegzunehmen".

Bund, Länder und Gemeinden greifen den KMU durch Gebühren und Abgaben ständig tiefer in das sprichwörtliche Börsel. Den Betrieben dann in Form von Förderungen wieder etwas zurückzugeben, ist unsinnig. Man degradiert

damit Unternehmer zu Bittstellern, und das kann ja nicht der Sinn einer Unterstützung sein. Die Gemeinden sollten eher einen Abgabestopp für KMU einführen, dann hätte wirklich jeder Unternehmer etwas davon. Die Mittelstandsmilliarde hört sich als Schlagzeile gut an, der Greißler oder Schuster ums Eck wird davon aber genau nicht profitieren.

„Wenn die Stadt Wien eine Einhebung von diversen Gebühren aussetzt, dann kommt die Hilfe auch dort an, wo sie benötigt wird“, führt Ramharter weiter aus. "Es wäre eine Regelung analog zur Rückerstattung der Entgeltfortzahlung durch die AUVA denkbar. Betriebe bis max. 50 Arbeitnehmer kommen in die-



sen Genuß, das ist exakt jene Gruppe der KMU, die im derzeitigen wirtschaftlichen Umfeld rasch Hilfe benötigen. Nicht reden, sondern handeln ist jetzt angesagt", schloß Ramharter.

Kommentar KommR Karl Ramharter: Im Prater blühen wieder die Pleiten! Utl.: Nicht reden, handeln!

Im Prater gibt es meines Wissens kein Geschäft in dem eine Wahrsagerin die Zukunft voraussagt. Doch jene Unternehmer, die im Prater ihre Geschäfte seit Generationen betreiben, sagten den Bemühungen der Stadträtin Laska den Prater umzugestalten (warum?) keine gute Zukunft voraus.

Nicht nur, dass einem sogenannten französischem Stararchitekt für die (unnötige) Planung Millionen nachgeschmissen wurden, müssen die Steuerzahler nochmals tief ins Börsel greifen, um mit 7,9 Millionen Euro der mit einem Nahverhältnis zur Gemeinde Wien stehenden Explore 5D GesmbH., die angeblich keine entsprechende Gewerbeberechtigung hat, einen mehr als 20 % Ausgleich zu ermöglichen. Dass der Glaube, wenn die Stadt Wien voll und ganz hinter einem Projekt steht, nichts schiefgehen kann, sondern auch geradewegs in die Pleite führt, müssen nunmehr die betroffenen 121 Gläubiger-Firmen leidvoll zur Kenntnis nehmen. Inzwischen verdienen die Betreiber des Prater-Vorplatzes gutes Geld und die Gläubiger schauen durch die Finger.

Zur Zeit will jeder den KMUs helfen. Zumindest in Sonntagsreden. Doch

angesichts der schlechten wirtschaftlichen Großwetterlage ist es dringend notwendig, von den eher philosophischen Betrachtungen der Politiker aller Couleurs, wie man den KMUs helfen könnte, zur Tat zu schreiten. Die Kammer der Wirtschaftstreuhänder meint, es ist Tatsache, dass die Vorgangsweise der Banken im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen stehen. Nach außen ist davon die Rede, dass die Banken auch in schwierigen Zeiten zu ihren Kunden stehen und die Finanzierung der Wirtschaft aufrechterhalten. In den Betrieben sieht das aber ganz anders aus. Immer mehr Unternehmen haben Probleme, Betriebsmittelkredite oder Investitionsfinanzierungen im notwendigen und bisher üblichen Ausmaß zu bekommen. Der Geldhahn wird unter Hinweis auf die internationale Finanzkrise auch dann zugedreht, wenn die Unternehmen durchaus sinnvoll investieren könnten.

Deswegen ist es notwendig, dass der Rettungsschirm der öffentlichen Hand für die Banken an die Auflage gebunden wird, die Finanzierung zu leistbaren Konditionen und vernünftigen Besicherungen der Unternehmen sicherzustellen. Wir laufen sonst Gefahr, mit den erwirtschafteten Steuern der KMUs

das internationale Finanzsystem vor dem Zusammenbruch zu retten und darüber hinaus die Realwirtschaft zu vergessen.

Nachdem bereits die Betreiber der Salzburger und Klagenfurter Fanzone bei der Euro-Meisterschaft den Weg zum Konkursrichter antraten, ist jetzt auch das Wiener Catering-Unternehmen, das die Generallizenz über die Gastronomiebetriebe in der Fanzone hatte, zahlungsunfähig. Das war ja vorauszusehen, werden jene meinen, die von vornherein annahmen, dass wenn sich Politiker in Wirtschaftsfragen wichtig machen, Feuer am Dach ist.

Zum Handkuss kamen jene, die noch immer nicht begriffen haben, dass Politiker von Wirtschaftsrealität keine Ahnung haben. Und wie es einmal einer treffend formulierte, sogar ein bestens verdienendes Bordell zum Konkursfall machen würden. Die Stadt Wien hat 8,8 Millionen Euro in das Hanappi-Stadion investiert. Hätte man jeden Besucher am Eingang 528 Euro oder einen Flatscreen in die Hand gedrückt, wäre das Ergebnis das gleiche gewesen. Viele vermuten hinter dieser Steuergeldverschwendung eine versteckte Subvention der Rapid-Heimstätte.

Neue A1-Member Aktionen - "mehr Nutzen - weniger Kosten"

Jeder Unternehmer kennt das - eine Vielzahl von Kosten steigen am Jahresanfang und in der Jahresmitte droht neuerlich eine Anpassung nach oben und man sucht nach Alternativen. Wie schon im Jahr 2007 konnten wir auch heuer wieder gemeinsam mit der Mobilkom Austria ein Tarif- und Angebotspaket für unsere RFW-Mitglieder, Funktionäre und Mandatäre zusammenstellen.

Wichtig ist, dass jeder Vertrag in sich

geschlossen ist und nur zwischen Ihnen und A1 besteht. Die genannten Tarife betreffen den RFW und werden daher von A1 nicht öffentlich beworben.

Sollten Sie Interesse an den Tarifen oder Produkten haben, faxen Sie uns die unverbindliche Anfrage zurück und ich werde Sie persönlich kontaktieren und alle Fragen und Details abklären.

Wenn Sie sich dann für einen Tarifwechsel, Umstieg oder Neu-

anmeldung entscheiden, erhalten Sie direkt von mir alle Formulare und Gutscheine, damit Sie unbürokratisch zu jedem A1-Vertragspartner oder A1-Shop gehen können bzw. online beim A1net bestellen können.

Wir hoffen, dass wir durch unsere Verhandlungen "mehr Nutzen - weniger Kosten" für Sie ermöglichen können!

Mit freundlichen Grüßen
Anita Reinsperger-Müllechner

Produkt	Angebote und Tarife zu den RFW-Preisen
A1-Member Zero-Varianten	Bei Erstanmeldung: neue Hardware (Gutschein), Guthaben von € 150,- und zusätzlich Reduktion der Grundgebühren um 20 % <u>Tarife für den RFW:</u> A1 Member Zero um Euro 8, statt Euro 10,-, fremde Netze - Euro 0,25 pro Minute A1 Member Classic Zero um Euro 14,40 statt Euro 18,-, Festnetz um Euro 0 dazu A1 Member Special Zero um Euro 16,- statt Euro 20,-, Fest- und Wahlnetz um 0 A1 Member Absolut Zero um Euro 28,- statt Euro 35,-, Fest-, Wahlnetz und Box frei Umstieg innerhalb der Member-Varianten: Reduktion Grundgebühren um 20 %
A1-Member Absolut Europa	Bei Erstanmeldung: neue Hardware (Gutschein), Guthaben von € 150,- und zusätzlich Reduktion der Grundgebühren um 20 % <u>Tarife für den RFW:</u> A1 Member Absolut Europa um Euro 28,- statt Euro 35,-, alle Netze frei Umstieg innerhalb der Member-Varianten: Reduktion Grundgebühren um 20 %
A1- Member Breitband	Bei Erstanmeldung: neue Hardware (Gutschein), Grundentgeltaktion im 1. Jahr und anschließend Reduktion der Grundgebühren um 20 % <u>Tarife für den RFW:</u> 500 MB um Euro 8,- statt Euro 10,- 3 GB um Euro 16,- statt Euro 20,- 10 GB um Euro 24,- statt Euro 30,- Umstieg Downloadvolumen: Reduktion der Grundgebühren um 20 %
Netbook Q10air für 0 Euro	Gilt nur mit gemeinsam mit einer Erstanmeldung, Reduktion der Grundgebühren um 20 % <u>Tarif für den RFW:</u> 5 GB um Euro 23,20 statt Euro 29,-
Kostenlose Hotline 0800/664610	Hinter der Servicenummer steht ein eigenes Team, das rund um die Uhr speziell für die Betreuung der Member-Anfragen und Sonderkonditionen erreichbar ist bzw. für die sonstigen Angebote, Abklärung und Nachfragen von bisherigen Restlaufzeiten und Vertragsdauern

FAX: 01/4082520-20

o Ja, ich interessiere mich für neuen Aktionen:

- o Erstanmeldung oder Umstieg - neuen Tarife von A1 Member ZERO und Absolut Europa
- o Erstanmeldung oder Umstieg - A1 Member Breitband
- o Aktion - A1 Member Netbook

o Ich bin A1-Member-Kunde und möchte den Tarif wechseln.

o Ich bin Kunde bei: _____ und möchte umsteigen.

o Ich bin noch kein Member-Kunde und interessiere mich dafür.

Sie werden auf jeden Fall von uns persönlich kontaktiert, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen

o Ich benötige noch mehr Informationen und ersuche um einen Rückruf!

Firmenwortlaut: _____

Ansprechperson: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Mobil: _____ E-mail: _____

Homepage: _____

Es erfolgt keine Weitergabe von Namen, Adressen und persönlichen Daten an A1!